



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Griebshammer, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel** und Fraktion (SPD)

Solidarität mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Türkei: Gegen Willkür und Repression

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Bayern und die Türkei eine langjährige und enge Partnerschaft verbindet. Rund 200 000 Menschen türkischer Herkunft leben in Bayern, bereichern unsere Gesellschaft und tragen maßgeblich zum wirtschaftlichen und kulturellen Leben bei.

Der Landtag verurteilt nachdrücklich die Verhaftung des demokratisch gewählten Bürgermeisters von Istanbul, Ekrem İmamoğlu. Seine Inhaftierung sowie die von etwa 100 weiteren Oppositionellen stellt einen ernsthaften Angriff auf die demokratischen Prinzipien und die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei dar.

Der Landtag bekundet seine Solidarität mit Ekrem İmamoğlu und all jenen, die sich in der Türkei für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

Der Landtag schließt sich der Einschätzung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an, wonach die Türkei als Mitglied des Europarats und EU-Beitrittskandidat verpflichtet ist, demokratische Werte sowie die Rechte gewählter Amtsträger zu wahren.

Begründung:

Die Verhaftung von Ekrem İmamoğlu, dem demokratisch gewählten Bürgermeister von Istanbul und einem prominenten Oppositionspolitiker, wenige Tage vor seiner möglichen Ernennung zum CHP-Präsidentschaftskandidaten, ist ein schwerer Angriff auf die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in der Türkei. Die Istanbuler Staatsanwaltschaft ermittelt gegen İmamoğlu, einen der stärksten politischen Rivalen Präsident Recep Tayyip Erdoğans, sowie gegen 100 weitere Personen wegen angeblicher Korruption und Terrorismusverdachts im Zusammenhang mit mutmaßlichen Verbindungen zur kurdischen Arbeiterpartei (PKK). Unter den Festgenommenen befindet sich auch sein enger Vertrauter Murat Ongun. Nach den Festnahmen verhängten inzwischen mehrere türkische Städte Demonstrations-, Versammlungs- und Nachrichtensperren. Trotz dieser Einschränkungen kam es landesweit zu Massenprotesten, bei denen die Polizei hart gegen die Demonstrierenden vorging.

Am 18.03.2025 hatte die Universität Istanbul Imamoglu seinen dort erworbenen Abschluss aberkannt. Ein Schritt, der als Versuch gewertet wird, ihn von einer Kandidatur bei der nächsten Präsidentschaftswahl auszuschließen, für die ein Hochschulabschluss Voraussetzung ist. Darüber hinaus wurde ihm inzwischen wegen der Untersuchungshaft vom Innenministerium das Bürgermeisteramt entzogen.

Diese Maßnahmen erwecken den Eindruck, dass die türkische Regierung bestrebt ist, einen ihrer stärksten politischen Konkurrenten auszuschalten. Ein solches Vorgehen untergräbt das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit und gefährdet die politische Stabilität des Landes.

Die Türkei ist seit 1999 EU-Beitrittskandidat, wenngleich die Verhandlungen stocken. Angesichts des angespannteren Verhältnisses zwischen europäischen Staaten und den USA wird derzeit über die Teilnahme der Türkei an gemeinsamen Rüstungsbeschaffungsprojekten mit der EU diskutiert. Als NATO-Mitglied nimmt die Türkei zudem eine bedeutende Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur ein.

Die Bundesregierung hat die Verhaftung İmamoğlu als „schweren Rückschlag für die Demokratie“ verurteilt und betont, dass die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien als zentraler Bestandteil der politischen Beziehungen Deutschlands sowie der gesamten EU zu bewerten ist. Auch internationale Menschenrechtsorganisationen kritisieren das Vorgehen als eklatanten Missbrauch der Justiz.